Monatsspiegel

November 2015

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Mehr Demokratie in der Kommune:
Erlangen auf dem Weg zu echter Bürgerbeteiligung

Viele Städte und Gemeinden diskutieren in den letzten Jahren darüber, wie ihre BewohnerInnen stärker in die Gestaltung des Gemeinwesens einbezogen werden können. Der Erlanger SPD ist die Umsetzung von Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen!“ auf kommunaler Ebene seit langem ein großes Anliegen, nicht erst seit dem Kommunalwahlkampf 2014, in dem der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Rolle gespielt hat. Unsere Vision einer offenen, lebendigen und solidarischen Stadtgesellschaft ist eng mit der Forderung verknüpft, dass Demokratie sich nicht in der Stimmabgabe bei Wahlen und der Mitarbeit in Parteien und Verbänden erschöpfen darf. Zugleich wird uns mehr denn je bewusst, dass sich unsere Gesellschaft seit dem sozialdemokratischen Aufbruch der siebziger Jahre – in Erlangen mit Dietmar Hahlweg – äußerst widersprüchlich entwickelt hat. Einerseits hat Bürgerbeteiligung durch Initiativen, Organisationen und insgesamt selbstbewusster auftretende BürgerInnen, die zu Recht ihre Informations- und Mitwirkungsrechte einfordern, deutlich an Bedeutung gewonnen. Dem steht jedoch die soziale Spaltung und die Abwendung von immer mehr – auch von der Politik der (Bundes-)SPD – enttäuschten Menschen von allem Politischen gegenüber, die ihren deutlichsten Ausdruck in dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligungen findet (in einigen Wahlbezirken im Anger werden teilweise kaum mehr 25 Prozent erreicht). Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischer Beteiligung ist hinreichend belegt und muss uns aus unserer Geschichte und unserem Selbstverständnis deutlich mehr mit Sorge erfüllen als bürgerliche Parteien: Diejenigen, die sich von demokratischen Institutionen nicht mehr vertreten fühlen und keinen Sinn mehr darin sehen, ihre Anliegen und Interessen zu formulieren, gehören zu den benachteiligten Menschen, mit denen und für die wir uns für eine gerechte Gesellschaft einsetzen wollen.

Von Barbara Pfister
Vorsitzende der Stadtratsfraktion

Stadtteilbeiräte: Vor Ort mitdiskutieren
Vor diesem Hintergrund geht es aktuell in Erlangen um Gestaltung erweiterter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Im kommenden Jahr werden wir mit der Einführung von Stadtteilbeiräten, die die SPD-Fraktion diesmal gemeinsam mit den Ampelpartnern beantragt hat, einen wichtigen Schritt vorankommen: Im eigenen Stadtteil über geplante Projekte und Probleme vor Ort diskutieren zu können, kann dazu beitragen, die Distanz zu „denen im Rathaus“ zu überwinden, die in der Wahrnehmung Vieler keinen Blick für die Bedürfnisse der direkt Betroffenen haben – zum Teil auch eine Hinterlassenschaft der Balleis-Ära. Partei und Stadtratsfraktion stehen dabei vor der

Fortsetzung auf Seite 3

04.11.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 5
08.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 7
09.11.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
10.11.	18:30	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 13
10.11.	19:00	Distrikt Dechsendorf: Distriktsversammlung	FC Dechsendorf	S. 14
10.11.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 14
11.11.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Röthelheim	S. 14
16.11.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
17.11.	19:00	Distrikt West: Jahresabschlussessen	Zur Einkehr	S. 15
18.11.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 14
19.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	IG Metall	S. 3
23.11.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
24.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 14
29.11.	11:00	Ehrungsveranstaltung	Turnerbund	S. 3
30.11.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
08.12.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 14
15.12.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung		S. 14

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag	geschlossen
Dienstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 17:00 Uhr
Freitag	09:00 bis 13:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Hans Hauer, Katrin Hurle (kh), Barbara Pfister, Ruth Sych (rs), Robert Thaler, Silke Zieten (sz)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Herausforderung, diese neuen Gremien zu begleiten, aktiv mitzugestalten und ernst zu nehmen.

Wie kann BürgerInnenbeteiligung gelingen?
Gleichzeitig hat die Stadt unter Oberbürgermeister Florian Janik einen breiten Diskussionsprozess darüber eingeleitet, wie bei anstehenden Projekten die Einbeziehung von BürgerInnen gestaltet werden muss, damit sie von allen Beteiligten – BürgerInnen, Stadtverwaltung, Stadtrat, Initiativen u. a. – als sinnvoll und erfolgreich erlebt wird. In einem ersten Workshop – dessen Verlauf sehr ermutigend war – wurden im Oktober wichtige Kriterien dafür vorgeschlagen, die im kommenden Frühjahr öffentlich diskutiert werden sollen.

Dabei geht es unter anderem darum, jeweils klar zu definieren,

- in welchem Umfang und wie genau BürgerInnen mitwirken können, welche Methoden dafür geeignet sind,
- zeitliche Abläufe und Sachinformationen transparent, allen zugänglich und in verständlicher Sprache darzustellen und
- die schließlich getroffenen Entscheidungen klar zu vermitteln und umzusetzen.

Etwas schwierigere Fragen betreffen

- die Vertretung der Gemeinwohlinteressen in Beteiligungsverfahren,
- den Umgang mit Einzelinteressen
- den Aspekt der Inklusion
- und die Einbeziehung von Gruppen wie den Flüchtlingen.

Beteiligung als Aktivierung
Um mehr demokratische Teilhabe in unserer Stadt zu erreichen, reichen diese beiden Ansätze jedoch bei weitem nicht aus: Gerade in unserer Stadt mit ihrer großen Zahl sehr gut ausgebildeter sprachfähiger BewohnerInnen besteht häufig die Gefahr, dass Diskussionen nahezu ausschließlich von einem sehr aktiven, aber auch relativ kleinen Teil der Bevölkerung geführt werden, viele Andere jedoch weiterhin außen vor bleiben. Deshalb muss es der SPD auch darum gehen, Menschen zu ermutigen, ihre Anliegen und Interessen (wieder) zu äußern und sich in die Gestaltung ihrer Stadt aktiv einzumischen. Die SPD-Fraktion hat dazu einen umfangreichen Antrag (siehe Seite 5) gestellt: Wir schlagen vor, im Stadtteil Anger, der hinsichtlich seiner Sozialstruktur und seiner Wahlbeteiligung besondere Aufmerksamkeit verdient, beispielhaft zu untersuchen und auszuprobieren, wie die Teilhabe einer größeren Zahl von Menschen gefördert werden kann.

Testfall „Nachverdichtung in der Housing Area“
Die Vorgehensweise im Zusammenhang mit der geplanten Schaffung zusätzlichen Wohnraums in der Housing Area zeigt, wieviel sich unter Oberbürgermeister Florian Janik und der neuen Rathausmehrheit bereits positiv verändert hat. Zum ersten Mal wurden die BewohnerInnen zu dem Vorhaben nicht nur ausführlich informiert, sondern auch zu ihren Vorstellungen befragt. Die Gestaltung dieses Nachverdichtungsprojekts wird jetzt gemeinsam mit VertreterInnen der MieterInnen an einem Runden Tisch diskutiert; erste

Fortsetzung auf Seite 5

Ehrungsveranstaltung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Ehrungsveranstaltung

zur Ehrung langjähriger Mitglieder

am Sonntag, den 29. November 2015, 11:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Vormittag mit Euch!

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 19. November 2015, 20:00 Uhr
Saal der IG Metall, Friedrichstraße 7

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Mehr Demokratie in der Kommune: Erlangen auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung
   - Einführung von Barbara Pfister
   - Vorstellung des Beteiligungsprojekts für Jugendliche „laut“
   - Diskussion
3. Anträge (siehe Seite 11)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Wolfgang Peter wird 65

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

Wenn Wolfgang Peter Mitte des Monats seinen 65. Geburtstag feiert, dann ist sicherlich damit ein Lebensabschnitt verbunden,. Wer ihn aber näher kennt weiß, dass sein Tun und Handeln damit nicht ins Stocken gerät. Zu sehr haben ihn die vier Jahrzehnte, die er in Erlangen lebt, in seinem politischen Engagement gefordert. Schon frühzeitig ist er in den Erlanger Stadtrat nachgerückt, dem er sechzehn Jahre lang angehörte. Seine Nominierungsergebnisse waren außergewöhnlich und ein Spiegelbild seiner gesellschaftspolitischen Tätigkeit, aber auch seiner Hilfsbereitschaft, seiner Großzügigkeit und seiner Bescheidenheit. Dabei hat er sich einen Namen gemacht als Interessenvertreter von Kindern und Jugendlichen und als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit. Sein Hintergrund war dabei die Mitarbeit in der sozialistischen Jugend, den Falken, deren Kernaufgabe die Wiedergabe sozialistischer Ideale hin zu einer selbstbewussten und kritischen Persönlichkeitsentwicklung ist.

Er hat Verantwortung übernommen bei der Gründung und durch Mitarbeit im Vorstand des E-Werk-Vereins. Aber auch für die SPD hat er über viele Jahre im Vorstand mitgearbeitet, war kommunalpolitischer Referent und viele Jahre Monatsspiegelreferent. Aus der Entwicklung des Distriktes Bruck ist er nicht wegzudenken. Bei alldem ist er dem Anspruch auf Gleichstellung der Geschlechter auch bei seiner beruflichen Tätigkeit als Diplom-Ingenieur gerecht geworden. So konnte seine Frau Jutta ihren Beruf als angesehene und erfolgreiche Rechtsanwältin weiter ausüben, ohne dass die beiden Kinder vernachlässigt wurden.

Durch das sportliche Betätigungsfeld seiner Kinder trat Wolfgang in den ATSV Erlangen, der seine Anfänge als Arbeiterverein hatte, ein. In jungen Jahren selbst als Handballer und Trainer in seiner Heimatstadt aktiv, leitet er den Großverein mit an die 1.500 Mitgliedern seit 2009 als Präsident, nachdem er vorher als Schatzmeister wertvolle Arbeit leistete. Im Sportbeirat ist er seit wenigen Monaten erneut zum Sprecher für die Großvereine in der Stadt Erlangen gewählt worden. Das BIG-Projekt der Stadt (Bewegung als Investition in Gesundheit) hat er mit seinen Verein tatkräftig unterstützt und auch bei der Hilfe und unentgeltlichen Förderung von Flüchtlingskindern stellt der ATSV seit über einem Jahr regelmäßig seine Anlage zur Ausübung von Sport zur Verfügung. In der Zielsetzung „Integration“ ist der Verein an der Paul-Gossen-Brücke einer der wenigen Stützpunktvereine im Bezirk Mittelfranken des Bayerischen Landessportverbandes. An dem schmucken Vereinsheim haben energetische Maßnahmen schnell zu kostengünstigen Heizungskosten geführt. Heute steht die Realisierung eines Kunstrasenplatzes aus Platzgründen auf dem Programm.

Von Robert Thaler
Stadtrat

Auch für die Stadtratswahl 2014 mit unserem neugewählten Oberbürgermeister Dr. Florian Janik war Wolfgang bereit zu kandidieren. In der gelungenen Kandidatenbroschüre hat er Folgendes formuliert. „Ich setze mich für eine tolerante, soziale und gerechte Stadt ein, in der Alle die gleichen Chancen haben.“ Im Wahlkampf hat er die unzähligen Hausbesuche koordiniert und zu einem vollen Erfolg werden lassen.

Lieber Wolfgang, wir danken Dir herzlich für Deine vielfältige Arbeit und wünschen für die kommenden Jahre alles Gute.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

02.11. Angelika Veelken
60 Jahre

03.11. Friedrich Drechsler
71 Jahre

03.11. Ruth Sych
82 Jahre

04.11. Marianne Vittinghoff
72 Jahre

04.11. Franz Höfer
65 Jahre

04.11. Herbert Hummich
78 Jahre

08.11. Rosemarie Pfister
82 Jahre

08.11. Grete Höfer
92 Jahre

10.11. Margit Holdschick
76 Jahre

13.11. Wolfgang Peter
65 Jahre

19.11. Anton Neubauer
76 Jahre

22.11. Lutz Reyher
88 Jahre

23.11. Axel Graemer
65 Jahre

25.11. Dagmar Paliwal
73 Jahre

26.11. Bernd Wirschnitzke
72 Jahre

27.11. Friedrich Schrenk
74 Jahre

28.11. Erich-Herbert Mondon
76 Jahre

29.11. Herdith-Grete Coerlin
65 Jahre

Mehr Demokratie ...

wichtige Anliegen wurden bereits in die Planung aufgenommen. Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel, wie wichtig es ist, auch die Grenzen von Beteiligung klar aufzuzeigen: Im Sinne des übergeordneten Interesses, neuen Wohnraum in unserer Stadt zu schaffen, hat Florian Janik von Anfang an klargestellt, dass es in der Diskussion mit den AnwohnerInnen nicht um das OB der Nachverdichtung, sondern lediglich um das WIE der konkreten Gestaltung gehen kann.

Beteiligung gemeinsam voranbringen
Dialog, Beteiligungsverfahren und Aktivierung werden uns in den kommenden Jahren mit Sicherheit nicht davor bewahren, uns auch mit der Kritik und Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung auseinanderzusetzen: Nicht alles, was wir verändern wollen, wird bei Allen gleichermaßen auf Zustimmung stoßen. Ob es uns aber gelingt zu beweisen, dass es uns mit mehr Mitwirkungsmöglichkeiten wirklich ernst ist, wird einer der Schlüssel für eine glaubwürdige und erfolgreiche SPD-Kommunalpolitik in Erlangen und eine lebendigere Stadtgesellschaft sein. Eine aktive Rolle möglichst vieler Mitglieder ist dafür eine wichtige Voraussetzung: Gestaltet diesen Prozess mit, bringt eure Vorschläge ein – es lohnt sich!

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Wipo-AK trifft sich wieder am

Mittwoch, 4. November, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Wir werden uns weiterhin mit der Lohnpolitik der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland beschäftigen.

Mit solidarischen Grüßen
Munib

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Dezember 2015/Januar 2016
20. November 2015

Demokratie in der Kommune stärken – Modellprojekt zur Förderung von politischer Teilhabe am Anger

Stadtratsantrag der SPD-Fraktion vom Juli 2015

Auch in unserer Stadt mussten wir in den letzten Jahren Negativrekorde bei den Wahlbeteiligungen beobachten. Zunehmende Armut und soziale Spaltung, Ängste, die bis weit in die Mittelschichten wirken, sind – neben anderen – Ursachen dieser demokratiegefährdenden Entwicklung. Dies ist nur eines von mehreren alarmierenden Anzeichen für die wachsende Entfremdung eines Teil der Bevölkerung von Gesellschaft und Politik auf allen Ebenen, von denen sich diese Menschen nicht mehr wahrgenommen und vertreten fühlen. Auch die in Erlangen seit vielen Jahren praktizierten Formen der Bürgerbeteiligung konnten diese Entwicklung nicht aufhalten, die den Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft gefährdet.

Die Fraktionen von SPD, Grüner Liste und FDP haben mit ihrem Antrag zur Einführung von Stadtteilbeiräte im gesamten Stadtgebiet bereits einen wichtigen Schritt zur Belebung demokratischer Prozesse angestoßen. Auch der ErlangenPass zielt darauf ab, Teilhabe für ärmere Menschen zu stärken. Oberbürgermeister, Stadtverwaltung und Gewobau setzen jetzt ihrerseits auf frühzeitige Information und eine breitere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in geplante Veränderungen und Projekte, unter anderem im Rahmen des Projektes „Zukunftsstadt“.

Diese notwendigen Verbesserung hin zu mehr Dialog und Beteiligung reichen jedoch nicht aus, um diejenigen Menschen, die sich seit längerer Zeit enttäuscht zurückgezogen haben, wieder davon zu überzeugen, dass ihre Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Diskussionen etwas bewirken und ihre eigenen Lebensumstände positiv verändern kann.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Antrag:

1. Im Stadtteil Anger wird ein mehrjähriges Modellprojekt zu neuen Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Ansprache und Aktivierung von Gruppen, die sich derzeit kaum oder gar nicht artikulieren, speziellen Projekten für einzelne Gruppen wie Jugendliche oder ältere Menschen sowie der Entwicklung von Informationsmaterialien in leicht verständlicher und Leichter Sprache. Mittelfristig soll geprüft werden, inwieweit erfolgreiche Ansätze auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden können.
2. Diese Aufgabe wird in der Verwaltung referats- und ämterübergreifend angelegt, wobei die Federführung im Bürgermeister- und Presseamt liegt. Eine Kooperation mit den Hochschulen in der Region soll angestrebt werden.
3. In einem ersten Schritt erstellt die Verwaltung einen Überblick über Methoden und Ansätze, die in anderen Kommunen (z.B. Heidelberg oder Wiesbaden) bereits erprobt wurden, und über mögliche Weiterentwicklungen existierender Instrumente. In einem gemeinsamen Workshop mit dem Stadtrat sollen diese Instrumente – auch mit Blick auf das vielfältige Erfahrungswissen von städtischen Beschäftigten mit intensiven Bürger_innenkontakten – diskutiert werden. Dabei und in daran anschließende weitere Beratungen werden die gesellschaftlichen Akteure am Anger – städtische Einrichtungen im Bereich Jugend, Kinder, Freizeit und Kultur, Schulen, religiöse Einrichtungen, Vereine, Initiativen, Migrant_innenselbstorganisationen, Projekten wie HIPPY und BIG sowie Parteien vor Ort – einbezogen. Wichtige Anknüpfungspunkte hierfür bieten insbesondere der „AK Anger“ und die Bürgertreffs.
4. Anfang 2016 legt die Verwaltung dem Stadtrat einen Vorschlag zur konkreten Umsetzung mit Kriterien und priorisierten Vorgehensweisen vor und benennt die dafür jeweils benötigten Ressourcen. Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit dafür Fördermittel akquiriert werden können. Teil des Projekts soll auch die Evaluierung der Maßnahmen sein.
5. Es wird ein Programm zur Fortbildung städtischer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgestellt, das sie für neue Formen der Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung qualifiziert.

Festakt 25 Jahre Wiedervereinigung

AG 60plus traf Delegation aus der Partnerstadt Jena

(rs/sz) Am Festakt zu 25 Jahren Wiedervereinigung in Erlangen nahmen selbstverständlich Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus aus beiden Partnerstädten teil, wie es seit der Gründung der Partnerschaft zwischen Erlangen und Jena guter Brauch ist. Einige der Erlanger Genossen nahmen die Gäste aus Jena an der Bushaltestelle „Altstadtmarkt“ in Empfang, während ein Mitglied als „Stallwache“ Plätze im Redoutensaal frei hielt, um den Gästen einen ungehinderten Blick auf das Programm zu ermöglichen.

Nach den obligatorischen Begrüßungsreden lenkte der Altoberbürgermeister Roehlinger aus Jena zielstrebig auf ein aktuelles Thema. Er entschuldigte den amtierenden Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schroeter für sein Fernbleiben bei dieser Veranstaltung, da dieser, just zur selben Zeit, wegen einer „Pegida-Veranstaltung“ unabkömmlich sei. Der Beifall der Anwesenden war sehr stark und signalisierte Zustimmung.

Die nun folgende Veranstaltung wurde von allen, die die Schreiberin der Zeilen befragt hatte, als äußerst gelungen bezeichnet. Vor allem gefielen die Turnerinnen aus Jena, die mit einem hervorragenden Programm ihr Können zeigten sowie das frei nach Friedrich Schiller inszenierte Stück über Schillers Lebenslauf. Die freiheitliche Idee Schillers und sein Aufbegehren gegen jede Art von Fremdbestimmung, die der Spielleiter hervorragend in die heutige Zeit versetzen konnte, riss zu Begeisterungsstürmen hin, so dass die Anwesenden sich nicht scheuten, gemeinsam die „Hymne an die Freude“ mitzusingen.

Nach dem Festakt und einer kleinen Verschnaufpause gingen die 60plus-Mitglieder zum Mittagessen in das vor kurzem eröffnete „Lesecafé“, ein alternatives Café im Altstadtmarkt, das vegetarische und vegane Speisen anbietet. Durch einen organisatorischen Fehler war das Lokal durch den Seniorenbeirat bereits besetzt, da die Sonne jedoch schien, erlaubten es die Temperaturen, draußen zu sitzen. Der Wirt war mit der Menge der Kunden nicht überfordert. So konnten wir noch aufmerksam den Ausführungen des Stadtrats Robert Thaler über den geplanten Campus der Firma Siemens lauschen.

Nach dem gedanklichen Streifzug zu den alten und bald neuen Gefilden von Technik und Forschung zog es uns an diesem Tag der Begegnungen und des Fests der Freundschaft zur Abschlussveranstaltung in die St. Matthäus-Kirche gegenüber dem „Platz der deutschen Einheit“ und dem Ohm-Brunnen. Zunächst eine kurze ökumenische Andacht, die die Sänger der Matthäus-Kantorei gemeinsam mit dem Jenaer Knabenchor musikalisch gestalteten.

Darauf dann der angekündigte und tatsächliche kulturelle Höhepunkt: Das Konzert des Jenaer Knabenchores. Seit seinem Bestehen – 2016 wird er 40 – hat er sich einen guten Platz unter den großen und namhaften Knabenchören gesichert. Auch an diesem Abend zeigte er sich unter dem umsichtigen Dirigat von Berit Walther in bester Kondition. Müde Zuhörer wurden da schnell munter, angesteckt vom frischen Elan der jungen und jüngsten Sänger. Besonders aufhorchen ließ der ganz eigene Klang und besondere Glanz der Knabenstimmen, beeindruckend die ausgefeilte Gesangs- und subtil-differenzierte Ausdruckskunst.

Im Programm war eine Folge kleiner, aber feiner internationaler Chorsätze von volksliedhaftem Charakter und künstlerischem Anspruch, à cappella gehalten oder instrumental akzentuiert. Johann Sebastian Bach durfte nicht fehlen. Anrührend schlich der pastorale Choral „Jesu bleibet meine Freude“. Eher überbordende Freude bei rhythmischem Temperament dann zuletzt beim „afrikanischen Alleluja“ – große Begeisterung, nicht enden wollender Beifall.

Stellungnahme des Distrikts Tennenlohe zur Einrichtung einer Erstaufnahme von Flüchtlingen in Tennenlohe

Im Industriegebiet Tennenlohe ist die Einrichtung einer Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge vorgesehen. Nach Auskunft der Stadt Erlangen soll eine Industriehalle für die Aufnahme von 250 Personen vorbereitet werden, die nach 6 bis 10 Wochen über Zirndorf weiter verteilt werden. Bei Bedarf kann eine zweite Halle für weitere 150 bis maximal 250 Personen errichtet werden. Die Einrichtung ist notwendig, um dem Flüchtlingsansturm gerecht zu werden. Diese Erstunterkunft wird einige Zeit bestehen, aber es wird keine Einrichtung von Dauer sein. Es werden vorwiegend Flüchtlinge aus Syrien und Irak erwartet, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten und ihre Lebensgrundlage in ihrer Heimat verloren haben.

Der Distrikt Tennenlohe findet, dass die Einrichtung der Erstaufnahmestelle in Tennenlohe notwendig ist. Wir unterstützen die Stadt Erlangen bei dieser Aufgabe und treten allen fremdenfeindlichen Meinungen entschieden entgegen. Wir erwarten von der Stadt Erlangen, dass das Erstaufnahmelager menschenwürdig eingerichtet und betrieben wird. Ausreichend personelle und finanzielle Mittel sind dafür zur Verfügung zu stellen. Wir sind uns sicher, dass die Bürger von Tennenlohe dazu beitragen werden, dass die Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak eine freundliche Aufnahme finden werden.

Im Auftrag des Distrikts
Hans Hauer

Was kann die Stadt für Mieter tun?

Angeregte Diskussionen bei Veranstaltung der SPD mit Beatrix Zurek

(kh) Gut 30 Besucherinnen und Besucher, davon auch viele von außerhalb der Partei, waren der Einladung der SPD Erlangen gefolgt, um mit Beatrix Zurek – Vorsitzende des Bayerischen Mieterbundes, Fachanwältin für Miet- und Wohneigentumsrecht und Mitglied der Münchner SPD-Stadtratsfraktion – zu diskutieren, was die Stadt für Mieter tun kann.

Zum Einstieg gab Frau Zurek einen kurzen Überblick über die Möglichkeiten von Kommunen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen und Mieter zu schützen. Dabei gäbe es zwei grundsätzliche Ansatzpunkte: Den Erhalt des Bestands sowie den Neubau von Wohnungen. Zum Erhalt des bestehenden Wohnraums und Eindämmung von Mietsteigerungen stehen dabei Instrumentarien wie Erhaltungssatzungen, der Mietspiegel sowie die Mietpreisbremse zur Verfügung. Ein ganz wichtiger Punkt sei hierbei jedoch vor allem, die Mieter über ihre Rechte aufzuklären und zu ermutigen, selbst dafür einzutreten.

Zur Schaffung von neuem Wohnraum ist die Nachverdichtung von großer Bedeutung, zudem kann bei neu zu schaffenden Bebauungsplänen entsprechend Wohnraum eingeplant werden.

Den Ausführungen schloss sich eine sehr angeregte Diskussion an. Einige Anmerkungen bezogen sich auf den Mietspiegel, der teilweise kritisch gesehen wurde. Weiterhin wurde angeregt, dass gerade angesichts knapp verfügbaren Platzes verstärkt auf „Wohnen ohne Auto“ gesetzt werden solle und Stellplatzsatzungen heruntergeschraubt – gerade im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gäbe es hier oft ein Überangebot. Stattdessen sollten mehr Fahrradständer geschaffen werden. Als besonders wichtig erachtete Frau Zurek es, dass Bund und Land den Kommunen mehr Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellten. Schließlich sei die Anzahl an Sozialwohnungen in den letzten Jahren stark zurückgegangen und könne den Bedarf bei Weitem nicht decken. Ein weiterer wichtiger Punkt ist in ihren Augen die Eindämmung von Bodenspekulation, da diese Baupreise in die Höhe treiben kann.

Angesicht der Tatsache, dass auch Flüchtlinge, die derzeit in größerer Anzahl zu uns kommen, Wohnraum benötigen, wieß Frau Zurek ausdrücklich darauf hin, dass daraus entstehende mögliche Engpässe auf dem Wohnungsmarkt auf Versäumnisse in der Landespolitik zurückzuführen seien und man dafür keinesfalls die Flüchtlinge selbst verantwortlich machen könne.

Zudem wurde noch betont, dass im Hinblick auf Wohnraum neben der ausreichenden Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit immer auch die Qualität berücksichtigt werden müsse.

SPD Tennenlohe lädt zum Gansessen ein

Die SPD Tennenlohe lädt auch dieses Jahr wieder alle Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen auch von außerhalb Tennenlohes herzlich zum traditionellen **Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“** (Schlossgaststätte) ein. Dieses Jahr findet es am am **Sonntag, 8. November, 12 Uhr** statt.

Der Distrikt bittet um eine kurze telefonische Mitteilung oder E-Mail bis zum späten Abend des 4. November an Rolf Schowalter (Telefon 09131-60plus1924, E-Mail Rolfschowalter@t-online.de).

Das Bild zeigt einen Blick in die Gaststube und einen Teil der Gäste 2014. Es kamen 26 Personen: Genossinnen und Genossen aus den Distrikten Bruck, Anger, West, Süd, Gäste aus Heroldsberg, Nürnberg und Spanien. Von der Kleinschen Kochkunst waren alle begeistert.

Realisierung des Bürger-Begegnungs- und Gesundheitszentrums

(pd) Die Ankündigung der Franconian International School (FIS), ihre Beteiligung am Vorhaben „Bürger-Begegnungs- und Gesundheitszentrum“ (BBGZ) an der Hartmannstraße zurückzuziehen, hat der Diskussion um das Vorhaben eine neue Wendung gegeben.

Grundsätzlich strebt die SPD-Stadtratsfraktion weiterhin die Realisierung des „BBGZ“ an. Warum und unter welchen Bedingungen erläutert die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister:

„Im Stadtosten besteht seit langem ein Bedarf an einer zusätzlichen Dreifachhalle für den Schul- und Vereinssport. Dieser Bedarf wird beim Vereinssport und für nicht vereinsgebundene Freizeitangebote weiter steigen, wenn an der Brüxer Straße und in der Housing Area zusätzliche Wohnungen entstehen. Mit dem BBGZ wollen wir vor allem diese Bedürfnisse erfüllen.

Die Beteiligung weiterer Partner wie der FIS hat es möglich gemacht, den Bedarf nach einer Dreifachhalle für Vereins- und Schulsport zu verbinden mit dem Wunsch nach einer Vierfachhalle, in der der HC Erlangen seine Heimspiele austragen kann. Durch die vom Oberbürgermeister aufgetanen Möglichkeiten der Städtebauförderung ist es außerdem möglich geworden, zusammen mit der Sporthalle zusätzliche Möglichkeiten für Freizeitangebote zu schaffen.

Oberbürgermeister und Stadtratsmehrheit haben das Projekt seit dem Mehrheitswechsel 2014 intensiv vorangetrieben und sehr schnell zur Entscheidungsreife gebracht. Damit ist aus dem nicht finanzierten Luftschloss, das die CSU vor der Wahl propagiert hat, ein ganz konkretes Vorhaben geworden, das für Schulen – einschließlich der FIS –, Vereine und die Bürgerinnen und Bürger im Stadtosten erhebliche Verbesserungen bringen kann. Unser Ziel ist es nun, das BBGZ im vorliegend Zeitplan – das heißt bis 2018 – zu realisieren. Dafür muss allerdings der vereinbarte ‚wesentliche Beitrag von dritter Seite‘ schnell verbindlich feststehen. Diesen bilden derzeit die Beteiligung der FIS und die Städtebauförderung.

Deshalb ist es jetzt notwendig, mit der FIS Gespräche über ihre Beteiligung zu führen, wie dies der Oberbürgermeister bereits angekündigt hat. Offensichtlich hat dort das einseitige Vorgehen des Kämmerers, der die Finanzierung des BBGZ gegen den erklärten Willen der Stadtratsmehrheit nicht in seinen Haushaltsvorschlag aufgenommen hat, große Zweifel an der schnellen Realisierung geweckt. Dies bedauern wir. Die Entscheidungen über den Haushalt werden aber von der Ampel-Mehrheit im Stadtrat getroffen. Dies gilt es gegenüber der FIS deutlich zu machen und ihr so aufzuzeigen, dass das BBGZ für die Schule die schnellste Möglichkeit ist, zu der dort dringend benötigten Sporthalle zu kommen; ein eigener Bau der FIS auf ihrem Gelände würde schon alleine wegen der notwendigen Neuplanungen sehr sicher deutlich später fertiggestellt als das BBGZ.

Zweitens ist aber auch dringend eine belastbare Zusage über die Höhe der Städtebauförderung notwendig. Hier erwarten wir, dass Minister Herrmann sich an die von ihm gemachten Zusagen hält und damit ein erheblicher Beitrag für die Möglichkeiten zusätzlicher Freizeitangebote im BBGZ fließt.“

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt

Gut besuchte Veranstaltung mit Florian Pronold

(kh/pd) Die Diskussionsveranstaltung mit Florian Pronold, Staatssekretär im für das Programm „Soziale Stadt“ zuständigen Ministerium für Umwelt, Bau und Reaktorsicherheit, war mit ca. 30 Leuten gut besucht. Neben der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich waren auch einige Vertreterinnen und Vertreter der Erlanger SPD-Stadtratsfraktion zugegen. Nach einem Impulsreferat von Florian Pronold zum Einstieg wurde sehr intensiv diskutiert.

Es wurde deutlich, dass die Wohnungsnot in Deutschland bereits seit Jahren besteht – durch die große Anzahl an Flüchtlingen, die derzeit bei uns Schutz suchen, gerät sie aktuell nur stärker in den öffentlichen Fokus. Ursache für den knappen Wohnraum ist unter anderem, dass in der Vergangenheit zeitweise angenommen wurde, dass aufgrund des Bevölkerungsrückgangs weniger Wohnungen benötigt werden würde. Zudem wurde die Attraktivität der Städte im Vergleich zum Land deutlich unterschätzt – gerade dort herrscht nun also erheblicher Nachholbedarf, was bezahlbaren Wohnraum anbelangt. Bei der Schaffung von Wohnraum sei es natürlich wichtig, dass er bezahlbar ist, auch für Leute mit geringerem Einkommen. Gleichzeitig müssten aber gewisse Qualitätsstandards gewahrt werden.

Ein sehr wichtiger Aspekt bei Sanierungen und Schaffen von neuem Wohnraum ist zudem die Barrierefreiheit, gerade wenn man sicherstellen möchte, dass Menschen auch bis ins hohe Alter in ihrer angestammten Wohnung bleiben können. Aktuell ist leider nur ein verschwindend geringer Anteil von ca. 1 Prozent barrierefrei, so dass dringender Nachholbedarf besteht.

Eine Schwierigkeit in Städten sind oft knappes Platzangebot sowie hohe Grundstückspreise. Gerade deshalb ist es wichtig, auch in die Höhe zu bauen. Dies hat weiterhin den Vorteil, dass sich Kosten wie z.B. für Fahrstühle auf mehrere Parteien aufteilen. Da gerade in größeren Städten das eigene Auto zunehmend an Bedeutung verliert, ergeben sich hier weitere Möglichkeiten, Kosten und auch Platz zu sparen, indem zum Beispiel die Stellplatzverordnung geändert oder abgeschafft wird. Lärmschutz ist sehr wichtig für die Wohnqualität und auch die Gesundheit der Bewohner – hier sind jedoch intelligente, vernünftige Konzepte nötig, so dass die Schaffung von Wohnraum nicht unnötig erschwert wird.

Lösungen für die angespannte Situation können insgesamt darin bestehen, mehr Wohnraum in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand zu schaffen. Dieser ist deutlich günstiger im Vergleich zu Wohnungen von privaten Anbieten. Neue Konzepte wie die serielle Vorfertigung von Wohnobjekten stellen eine weitere Möglichkeit zur deutlichen Kosteneinsparung dar.

Als Fazit kann man sagen: Es gibt einen großen Handlungsbedarf, und es wird auch von Land und Bund viel Geld in die Hand genommen werden müssen. Mit Hilfe kreativer Lösungen, für die es bereits gute Ansätze gibt, kann die Herausforderung, guten und bezahlbaren Wohnraum für Alle zu schaffen, jedoch gelingen.

Gespräch mit Gernot Küchler

Unmittelbar vor der Veranstaltung informierte sich Florian Pronold direkt vor Ort in der Housing Area über das Nachverdichtungsprojekt der Gewobau. Gernot Küchler, Geschäftsführer des städtischen Wohnungsbauunternehmens erläuterte die Planungen. Dabei kam Küchler auf mehrere Probleme zu sprechen, die Nachverdichtungsvorhaben wie in der Housing Area kompliziert machten, wie Abstandsflächen-Vorgaben oder die Baukosten für Stellflächen und Aufzüge. Florian Pronold sagte zu, diese Hinweise in die Baukosten-Senkungskommission auf Bundesebene einzubringen, wo versucht wird, durch Vereinheitlichung rechtlicher Vorgaben günstigeres Bauen zu ermöglichen.

Die Stadt-Umland-Bahn kommt wieder voran

(pd) Nachdem es öffentlich in den letzen Monaten ruhig um die Stadt-Umland-Bahn geworden war, gibt es jetzt gleich drei wichtige Fortschritte zu vermelden: Zum Einen wurde im Bund eine Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vereinbart. Zum Zweiten wurde die Vereinbarung über einen Zweckverband für Planung, Bau und Betrieb der Stadt-Umland-Bahn in die Gremien in Erlangen, Nürnberg und Herzogenaurach eingebracht. Und zum Dritten ergab eine Untersuchung, dass auch das sogenannte „L-Netz", das Erlangen mit Nürnberg und Herzogenaurach verbinden soll – und keinen Ast nach Uttenreuth mehr hat – die Kriterien für die Förderung durch Bund und Land erfüllt.

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) regelt die Zuschüsse für kommunale Verkehrsprojekte und damit auch für die Stadt-Umland-Bahn. Es war bisher bis 2019 befristet, soll nun aber verlängert werden – womit eine Förderung der Stadt-Umland-Bahn leichter möglich ist, weil sonst 2016 die letzte Möglichkeit zur Aufnahme in die Förderung gewesen wäre. Geklärt werden muss allerdings noch die genaue Ausgestaltung der Förderung, wozu es noch Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen gibt. Für die Stadt-Umland-Bahn ist dabei besonders bedeutend, ob die bereits zugesagte 90-Prozent-Förderung auch für die Teile des Fahrtweges gilt, die auf der Straße geführt werden.

Sowohl Oberbürgermeister Florian Janik als auch unsere Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister sind über die Verlängerung des GVFG erfreut. „Mit der Verlängerung ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Realisierung der Stadt-Umland-Bahn getan. Für alle Kommunen, die drängende Verkehrsprojekte umsetzen müssen, ist damit eine Phase der Unsicherheit beendet", sagte Florian Janik, Barbara Pfister äußerte sich ähnlich.

Wieder näher gerückt: Eine Stadtbahn in Erlangen, hier vor den Arcaden (Montage: [...gph.])

Mit der Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes von Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach kann zunächst die Planung für das Vorhaben vorangetrieben werden. Ein solcher Zweckverband war bereits im vergangenen Herbst, mit dem Landkreis Erlangen-Höchstadt als Partner, geplant. Der negative Bürgerentscheid im Landkreis verhinderte aber dessen Gründung. Nachdem nun der Landkreis die Aufgabe „StUB" an die Stadt Herzogenaurch abgetreten hat – wo beim Bürgerentscheid eine sehr deutliche Mehrheit für die Stadt-Umland-Bahn stimmte – kann der Zweckverband jetzt in geänderter Zusammensetzung gebildet werden.

Das Ziel ist, dass der Zweckverband zunächst die Planungen für die Stadt-Umland-Bahn so weit weiterführt, dass über die Höhe der Förderung von Bund und Land und die genauen Kosten sichere Aussagen möglich sind. Dann werden die drei beteiligten Städte darüber entscheiden, ob sie im Angesicht aller Informationen auch den Bau der StUB angehen wollen. Diesen wie auch die Verantwortung über den Betrieb würde ebenfalls der Zweckverband übernehmen.

Die Studie über das sogenannte „L-Netz" ist eine Voraussetzung für die Förderung der StUB durch Bund und Land. Sie zeigt ein eindeutiges Ergebnis: Der sogenannte Kosten-Nutzen-Faktor liegt mit 1,13 deutlich über dem für die Förderung notwendigen Wert 1. Damit kann die StUB grundsätzlich gefördert werden, Gleichzeitig zeigt die Untersuchung auf, dass die Fahrgastpotentiale gegenüber früheren Studien nochmals gestiegen sind, insbesondere aufgrund der hohen Studierendenzahlen.

Die Stadt-Umland-Bahn soll künftig das „Rückgrat" für den öffentlichen Personennahverkehr in Erlangen bilden und damit den Busverkehr ergänzen. Aus Sicht der SPD ist es eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte: Die hohe Zahl an Pendlern zwischen Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach ist mit Bussen nicht mehr abzuwickeln. Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Erlangen und Herzogenaurach und die Entwicklung der Universität mit ihren Standorten in Erlangen und Nürnberg werden die Fahrgastzahlen weiter ansteigen lassen. Und immer mehr Pendler sind bereit, auf ihr Auto zu verzichten – aber nur dann, wenn ihnen eine schnelle und hochwertige Alternative zur Verfügung steht. Und genau dies ist die Stadt-Umland-Bahn.

Informationsveranstaltung der Stadt zur „StUB"

Über die aktuellen Entwicklungen bei der Stadt-Umland-Bahn und die Prüfung sowohl es L-Netzes als auch von Alternativen zur Bahn informiert die Stadt Erlangen auf einer öffentlichen Veranstaltung am **Mittwoch, 11. November, 19 Uhr im Kleinen Saal der Heinrich-Lades-Halle**. Es lohnt sich sicherlich, dort hinzugehen und mit über das wichtige Vorhaben Stadt-Umland-Bahn zu diskutieren!

Sprecher der Juso-SchülerInnen- und Auszubildendengruppe aus Erlangen

Einer der Sprecher der SchülerInnen- und Auszubildendengruppe bei den bayerischen Jusos kommt künftig aus Erlangen: Auf ihrer Mitgliederversammlung Ende Oktober wählte die Gruppe Justus Schömann zum gleichberechtigten Sprecher neben Vitus Mayer und Anne-Kathrin Füssel.

Die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe ist die Interessenvertretung der SchülerInnen und Auszubildenden bei den Jusos und der SPD.

Einführung eines Projekts zur Jugendbeteiligung in Erlangen

Antrag an die Kreismitgliederversammlung

Antragstellerin: Jusos Erlangen
Adressatin: SPD-Stadtratsfraktion

Die teilweise erschreckend niedrigen Wahlbeteiligung in letzter Zeit (knapp unter 50 Prozent bei der Kommunalwahl in Erlangen 2014) zeigt, dass in großen Teilen der Bevölkerung Politikverdrossenheit herrscht. Viele Menschen haben ganz offensichtlich kein Interesse (mehr) an der Politik oder schlichtweg das Gefühl, ohnehin nichts bewirken zu können. Eine Demokratie funktioniert jedoch nur, wenn sich die BürgerInnen auch entsprechend an politischen Prozessen beteiligt. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, die Menschen wieder für Politik zu begeistern. Hierbei sollten insbesondere auch die Jugendlichen in den Blick genommen werden. Um diese für politische Partizipation begeistern zu können, muss man ihnen klar machen, dass ihre Meinung ernst genommen wird und sie auch tatsächlich etwas bewirken können. Hier bietet sich die kommunale Ebene ganz besonders an, da angestoßene Projekte unmittelbar vor Ort erlebbar sind und das direkte Lebensumfeld mitgestaltet werden kann. Eine verstärkte Mitwirkung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene hat zudem für diese den Vorteil, dass die Stadt für die Jugendlichen lebenswerter werden.

Ein Beispiel, wie Jugendlichen die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben werden kann, ist das bereits erfolgreich etablierte „laut!"-Projekt in Nürnberg. Ein Teil hiervon ist „laut! Cash", welches Jugendlichen die Möglichkeit bietet, Finanzmittel für die Umsetzung kleiner Projekte oder Aktionen vor Ort zu beantragen.

Dieses Projekt kann als Vorbild dienen für die Stadt Erlangen, um Jugendlichen auf ähnliche Weise mehr Möglichkeiten zur Beteiligung einzuräumen.

Wir fordern die SPD-Stadtratsfraktion daher auf, sich für die Realisierung eines ähnlichen Projekts in Erlangen einzusetzen und folgenden Antrag in den Stadtrat einzubringen:

Die Stadtverwaltung soll nach dem Vorbild des Nürnberger „laut! Cash"-Projekts ein Konzept für Erlangen entwickeln, welches Jugendliche und junge Erwachsene bei der Umsetzung kleinerer Aktionen vor Ort unterstützt. Dieses soll folgendermaßen ausgestaltet sein:

Für Jugendliche soll die Möglichkeit geschaffen werden, von Ihnen selbst entwickelte Projektideen mit finanzieller Unterstützung der Stadt umzusetzen. Die Bewerbung für ein Projekt soll hierbei möglichst unkompliziert möglich sein (z.B. über ein Online-Formular).

Die Jugendlichen sollen bei der Umsetzung der Projekte durch die Stadt Erlangen betreut werden. Dazu soll eine halbe Stelle für eineN pädagogischeN MitarbeiterIn geschaffen werden.

Für die Sachleistung der Projekte soll insgesamt ein Budget von 10.000 Euro (dies entspricht ca. 25 Prozent der Finanzmittel der bereitgestellten Mittel in der Stadt Nürnberg) bereitgestellt werden. Zusätzlich soll die Möglichkeit bestehen, Drittmittel einzuwerben. Für jede einzelne Aktion soll hierbei maximal ein Betrag von 400 Euro zur Verfügung stehen. Falls sich gegen Ende des Jahres herausstellen sollte, dass die Mittel voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden, kann insbesondere für besonders förderungswürdige Projektideen auch ein höherer Betrag bereitgestellt werden. Der entsprechende Betrag soll nach Vorlage von Rechnungen/Belegen rückerstattet werden. Für Jugendliche, die es sich nicht leisten können, dieses Geld vorzustrecken, soll eine Möglichkeit geschaffen werden, das Geld im Voraus ausgezahlt zu bekommen.

Die Projektdauer von der Antragstellung bis zur Umsetzung soll maximal 3 Monate betragen.

Zur Beantragung von Projekten berechtigt sein sollen alle Jugendlichen, die ihren Wohnsitz in Erlangen haben und zwischen 14 und 25 Jahre alt sind, unabhängig von ihrer Tätigkeit.

Zu beachten ist bei den geförderten Projekten der gemeinnützige Zweck für die städtische Gemeinschaft. Projekte sollen folglich nur dann unterstützt werden, wenn das Ergebnis einer möglichst breiten Allgemeinheit zu Gute kommt, einem guten Zweck dient und keine kommerziellen oder ideologischen Interessen verfolgt. Es soll keine Finanzierung von Freizeitaktivitäten, Urlaub oder privaten Festlichkeiten erfolgen. Nicht förderfähig sind außerdem Projekte, die eigentlich Aufgaben von Dritten (z.B. staatlichen oder kommunalen Institutionen) wären oder durch den Staat oder andere Kostenträger gefördert sind. Darunter fallen z.B. Klassen- und Studienfahrten.

Bei der Konzipierung des Projekts sind außerdem Konzepte zu entwickeln, um das Projekt bei den Jugendlichen bekannt zu machen. Hierbei ist anzustreben wirklich Jugendliche aller Milieus unabhängig von ihrem sozialen Status, Bildungsstand oder möglichem Migrationshintergrund zu erreichen.

Es sollen geeignete Informationsflyer zu dem Projekt erstellt werden. Zusätzlich soll auch eine Webpräsenz online gestellt werden und dafür werben. Die Schulen sollen bei der Bewerbung mit einbezogen werden, beispielsweise über die städtische SchülerMitVerantwortung (SMV), zudem sollen die Flyer an den Schulen ausgelegt werden. Hierbei sind explizit alle Schularten mit einzubeziehen. Zudem soll eine Anbindung der Jugendhäuser erfolgen. Auch Sportvereine kommen zur Bewerbung in Frage.

Um MigrantInnen zu erreichen, sollen zudem Flyer in mehreren Sprachen erstellt werden. Die Bewerbung des Projekts soll damit auch an Flüchtlingsunterkünften erfolgen.

Nach zwei Jahren soll eine Evaluierung des Projekts erfolgen. Dabei ist unter Anderem darauf zu achten, wie sich die Altersstruktur der geförderten Jugendlichen zusammensetzt. Sollte sich herausstellen, dass eine Altersgruppe möglicherweise unterrepräsentiert ist, soll ein geeigneter Verteilungsschlüssel auf Basis des Alters eingeführt werden.

Die Fußgängerzone als Mittel der Stadterneuerung und Chance für mehr Lebensqualität und Vielfalt im Erlebniseinkauf

Von Gerhard Carl

Der frühzeitige Umbau der Hauptstraße ab Heuwaagstraße/Wasserturmstraße bis Südliche Stadtmauerstraße und der Nürnberger Straße ab Henkestraße bis Rathausplatz in den 70er Jahren war der erste großangelegte Versuch, im großen Zusammenhang die Innenstadt stadtgestalterisch aufzuwerten. In dieser Zeit stand noch die klassische Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz im Vordergrund; heute zielt die Förderung auf die sichtbare, d.h. auf die stadtgestalterische Auseinandersetzung mit der Umwelt als wichtigstes Element.

In Erlangen besteht jetzt die Möglichkeit, die Entwicklung, die Einschätzungen und die Prognosen intensiv zu hinterfragen. Die Erweiterung der Fußgängerzone vom Martin-Luther-Platz bis zur Heuwaagstraße/Wasserturmstraße sowie ein Freiraumkonzept mit mehr Grün könnte den Attraktivitätsverlust in der nördlichen Altstadt ausgleichen und zu einer Qualitätssteigerung führen. Um die Fragen nach den Voraussetzungen einer menschenfreundlich (nicht autofreundlich) gestalteten Umwelt zu beantworten, sind modische Attitüden, Bedenken und Vorbehalte wenig hilfreich.

Entscheidend für eine Veränderung ist es, die Konflikte deutlich zu machen. Wichtig wird es darum, die Komplexität des Systems „Stadt“ offenzulegen und die Abhängigkeiten und Konfliktbereiche transparent zu machen und hieraus Lösungsansätze zu formulieren. Der Individualverkehr und der Mobilitätsgewinn finden ohnehin ihre Grenzen. Die Erweiterung der Fußgängerzone führt zu einer Verbesserung der Wohn- und Einkaufsqualität.

Für den Handel bestehen heute zwei wichtige Standorte in der Stadt: Die Verbrauchermärkte vor den Toren der Innenstadt und die Fußgängerzone im Kern der Stadt. Die zur Verfügung stehende Kaufkraft wird im wesentlichen auf die beiden Zonen verteilt. Die Fußgängerzone dient als Mittel zur Stadterneuerung und zur Stützung der Innenstadt, um den Einkaufszentren entgegenzuwirken. Mittlere und kleinere Einzelhandelsgeschäfte dürfen nicht zu Gunsten großer Konzerne, den Filialisten und Ketten verdrängt werden. Eine Fußgängerzone darf nicht die Modifizierung einer autogerechten Stadt sein.

Die Hauptstraße zwischen Martin-Luther-Platz und Heuwaagstraße/Wasserturmstraße ist derzeit nicht fußgängerfreundlich, sondern dient insbesondere den Autofahrern. Eine Verkehrsstraße mit Stellplätzen auf

geschaffenen Brachen schafft keine Impulse zum Flanieren und Einkaufen, sondern erzeugt Distanz.

Mehr Fußgängerbereiche können der Stadt ein Stück urbaner Humanität zurückgeben und damit wesentlich zur Erhöhung des Freizeitwertes beitragen. Der Erlebniseinkauf darf nicht der Konzentration im Handel dienen, sondern der Vielfalt von Angeboten. Den Erlebniseinkauf können besonders die innerstädtischen Einzelhandelsstandorte bieten: Durch ein gut ausgewogenes Angebot von Waren und Dienstleistungen. Das Einkaufserlebnis tritt wieder verstärkt in den Vordergrund bei der Kaufentscheidung. Diese Tatsache bietet gerade für den Fachhandel ein geeignetes Potenzial. Innerstädtische Fußgängerzonen stellen für diese Art des Kauferlebnisses die ideale Voraussetzung. Weitere Gründe sprechen für die Fußgängerzone: Fremdenverkehrsförderung, Freizeitangebot, Citybelebung, Wohnumfeldverbesserung, Umweltschutz, Stadterhaltung sowie Stadtimagepflege. Um jedoch klare Aussagen hinsichtlich der Konzeption einer Fußgängerzone machen zu können, wird es notwendig sein, sich im Rahmen von Dialogen mit den Bürgerinnen/Bürgern, den Geschäftsleuten sowie in Bürgerinformationsveranstaltungen auseinanderzusetzen.

In Erlangen zeichnen sich Entwicklungen ab, die gekennzeichnet sind durch eine Reduzierung der Nutzungsart und Nutzungsvielfalt im Einzelhandel. Bekleidungsboutiquen, Spielsalons, Schnellgaststätten usw. führen zum Absinken des Niveaus zentraler Einkaufsstraßen. Die Wertigkeit von Einzelhandelsstandorten macht es für den Einzelhandel, der Stadt und andere Beteiligte notwendig, die Entwicklung der Standortqualität rechtzeitig zu erkennen, um entsprechend reagieren zu können.

Die sich durch das Auto als Individualverkehrsmittel ergebenden Möglichkeiten der raschen und günstigen Überwindung von Entfernungen erzeugen auch innenstadtgerichtete Verkehrsströme, deren Anforderungen die Innenstadt nicht mehr gerecht werden kann, so dass über die Verdichtung des Verkehrs Konflikte entstehen, die zu Lasten der Akzeptanz führen. Erlangen braucht deshalb eine modifizierte Verkehrsplanung mit mehr verkehrsberuhigten Bereichen in der Innenstadt, wobei dem ÖPNV ein wichtige Funktion zukommt.

Aus dem Bauch gesprochen: Ein Hoch auf den Streit!

Von Monika Fath-Kelling

Besser immer einem Streit aus dem Weg zu gehen, gilt mittlerweile als Allgemeinplatz der Erziehung: Das „brave Mädchen“, der „gute Junge“ streiten sich nicht. Punkt.

Schon gar nicht handgreiflich. Ausrufezeichen. Laut werden? Psychische Gewalt. Weinen? Erpresserische Emotion. Pointiertes Argument? Womöglich verbale Gewalt. Ergo: Meide jeden Konflikt, bringt eh nur Ärger. Still und ohne Rücksichten Fakten schaffen scheint allemal die „effizientere“ (Eigen)interessenvertretung. (OUUPS! War doch noch wer oder was?? Sorry!) Ansonsten wird jede Meinungsverschiedenheit zum „Ernstfall“ hochgejazzt oder einfach „wegmoderiert“. Das geht leidlich gut, solange den Akteuren immerhin bewusst ist, warum sie sich so verhalten, wie sie sich verhalten. Wissen sie das nicht mehr, wächst blankes Unverständnis für Andere. Und – schwupps, wer hätte das gedacht – steckt man in einem „Stellungskrieg“ in dem es nur noch Feinde gibt – nicht wie vor der vermeintlich politisch korrekten Streitvermeidung eben Streiter.

Ein Streiter ist jemand, der mit gleichgeachteten Mitstreitern um etwas ringt (wie Ritter in einem Turnier): Eine bessere Lösung, eine fairere Verteilung, die Ergründung von Ursachen ecc. Ein Krieger dagegen ist auf Vernichtung des Feindes aus, sonst nichts.

Es mangelt derzeit nicht an medialen „Kriegsberichterstattern“. Es mangelt an Turnieren mit engagierten Streitern.

Ein Hoch auf den „gepflegten Streit“. Nichts anderes sollte Demokratie sein.

Packt die großén Keulen ein und verlegt euch wieder mehr auf sachdienliche Debatten.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktssitzung findet statt am

Dienstag, 10. November, 18:30 Uhr, Angerwirt (Guhmannstraße 10)

Als Referentin eingeladen ist Isabel Klein von der Lernstube am Anger, die uns ihre Arbeit vor Ort und mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schildern wird.

Mit solidarischen Grüßen
Munib Agha

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160plus-3581886
munib_agha@hotmail.com

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Heike Fischer
Telefon: 09135-6269
h.fischer-dechso@gmail.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die nächste SPD-Distriktversammlung in Dechsendorf findet statt am

Dienstag, 10. November, 19 Uhr, Sportheim FC Dechsendorf, Campingstr. 38

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:
1. Aktuelles aus dem Stadtrat: Plannetz ÖPNV für den Stadtteil Dechsendorf ab 2015/16, Dechsendorfer Weiher (Grünmasse, Wasserbewirtschaftung usw.), Siedlungsentwicklung, StUB.
2. Aktuelles aus dem Ortsbeirat: Kinderspielplatz und multifunktionales Mehrgenerationen-Erholungsareal am Dechsi, Naturbadstr. (Tempo 30, Fußgängerüberweg), Buswartehäuschen an der Bushaltestelle Weisendorfer Straße, Bolzplatz an der Grundschule, Verschönerung des Ortsbildes, Erweiterung des Erdgasnetzes.
3. Verschiedenes: Diskussion von Themen der Mitglieder, Anträge.

Mit solidarischen Grüßen
Heike Fischer

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 18. November, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 24. November, 20 Uhr, Kulisse

Die weiteren Termine unseres Distrikts in diesem Jahr sind: 15. Dezember.

Solidarische Grüße
Monika

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Mitgliederversammlung am

Mittwoch, 11. November, 20 Uhr, Bürgertreff Röthelheim, Berliner Platz 1

Vorgesehene Tagesordnung:
1. Aktuelles und Berichte
2. Haushalt 2016 der Stadt Erlangen
3. Nachbetrachtung Veranstaltung zum Wohnen mit Florian Pronold
4. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen und – wie gehabt – lebhafte Diskussionen!

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Stellvertretender Vorsitzender

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 60plus1924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 10. November, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Berichte: Ortsbeirat, Gründung des Unterstützerkreises etc.
3) Unser Umgang mit den Flüchtlingen.
4) Verschiedenes

Außerdem laden wir herzlich ein zum

Gansessen im „Schlößla“ am Sonntag, 8. November, 12 Uhr, Schlossgaststätte

Bitte eine kurze telefonische Mitteilung oder E-Mail bis zum späten Abend des 4. November an die links angegebene Telefonnummer bzw. an die E-Mail-Adresse rolfschowalter@t-online.de.

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlung im Dezember am 8. Dezember.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 13. Oktober

- Erstaufnahmelager für Flüchtlinge in Tennenlohe: Rolf informiert darüber, dass die Stadt Erlangen im Tennenloher Industriegebiet ein Erstaufnahmelager für Flüchtlinge erstellen will. Voraussichtlich sollen 250 bis maximal 500 Personen für jeweils 6 bis 10 Wochen untergebracht werden. Rolf informiert als Ortsbeiratsvorsitzender die Kirchen und Vereine am Ort und regt die Bildung eines Unterstützernetzwerks an. Um möglichen fremdenfeindlichen Tendenzen am Ort frühzeitig entgegenzutreten, ist es wichtig auf breiter Front zu agieren und die Flüchtlinge in Tennenlohe willkommen zu heißen.
- Die Schützengemeinschaft Tennenlohe sucht eine neue Unterkunft. Der diskutierte Bau eines Schützenheims auf der Festwiese wird vom Distrikt Tennenlohe abgelehnt, um den Blick auf die Kirche nicht weiter zu beeinträchtigen. In der Diskussion wäre noch ein Platz östlich des Geländes des Sportvereins.
- Ende Oktober/Anfang November soll ein neuer Tennenloher Bote in Druck gehen. Rückblick auf die 750-Jahr-Feier, das neue Buskonzept, Diskussion zu TTIP und Positionierung des Distrikts zum Erstaufnahmelager für Flüchtlinge in Tennenlohe sind die wichtigsten Themen.
- Rolf lädt alle Mitglieder und Freunde der SPD zum Gansessen am 8. November um 12:00 in die Schlossgaststätte in Tennenlohe ein. Anmeldung erwünscht.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
das Jahr 2015 nähert sich seinem Ende. Unser letzter Termin soll das traditionelle gesellige Jahresabschlussessen sein.
Wir treffen uns dazu am

Dienstag, 17. November, 19 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Die Tagesordnung lautet:
1. Über Gott und die Welt sowie Politik schwätzen
2. Essen und Trinken wie es einem gefällt
3. Verschiedenes

Über rege Beteiligung würden wir uns freuen. Auch wenn Ihr das ganze Jahr lang Distriktstermine gemieden habt, seid Ihr herzlich eingeladen.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd

P.S.: Im Mittelpunkt unseres Oktober-Treffens stand Barbara Pfister, unsere Vorsitzende der Stadtratsfraktion. Nach ihrer Einführung ergab sich insbesondere eine breite und anregende Diskussion über Kommunalpolitik (auch im Westen), aber auch Landes- und Bundespolitik sowie die Situation unserer Partei. 11 Genossinnen und Genossen warens da.

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Hajastan-Armenienhilfe

2015 Erinnern. Gedenken. Versöhnen.

1915 – Genozid am armenischen Volk

Grußwort

Die Veranstaltungsreihe leistet in unserer Region einen wertvollen Beitrag, die schrecklichen Vorkommnisse beim Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren dem Vergessen zu entreißen. Auch das Deutsche Reich war in die grausamen Vorgänge verstrickt, da strategische Kriegsüberlegungen mehr zählten als Menschenwürde und Menschenrechte. Deshalb steht es uns gut an, aus der Geschichte zu lernen, indem man sich der Ereignisse erinnert, der Getöteten gedenkt und nach Wegen der Versöhnung zwischen Armenien und seinen Nachbarn sucht.
Für die Veranstalter „Hajastan-Armenienhilfe e.V." bedeutet Lernen aus der Geschichte aber auch Verantwortung zu übernehmen. Mit konkreten Hilfsmaßnahmen v.a. für junge Menschen in Vanadzor (Nordarmenien), die kaum hoffnungsvolle Lebensperspektiven finden, engagiert sich der Verein dort, wo Unterstützung am nötigsten ist: im Waisenhaus, in der Klinik und in vielen Einzelhilfen (Übernahme von Studienkosten, Lebensmittelpakete in Notsituationen u.a.m.).
Weil die Veranstaltungsreihe uns nicht nur die Chance gibt, zu lernen und uns zu informieren, sondern weil wir dem Verein auch bei der Arbeit vor Ort mit Spenden helfen können, hoffen wir auf große Resonanz und wünschen einen erfolgreichen Verlauf.

Stefan Müller
Mitglied des Bundestags - Parlamentarischer Staatssekretär

Martina Stamm-Fibich
Mitglied des Bundestags

Hajastan-Armenienhilfe

Der Verein

Seit 1998 fördert die Armenienhilfe der Pfarrei St. Georg/Höchstadt Projekte im südlichen Kaukasus und unterstützt auch bedürftige Einzelpersonen. Da die Vielfalt der Aufgaben rasch zugenommen hat, wurde 2010 der Verein „Hajastan-Armenienhilfe Erlangen-Höchstadt e.V." gegründet, der sich mit der Höchstädter Armenienhilfe zusammengeschlossen hat.
Das Spektrum unserer Hilfsangebote ist sehr vielfältig. Im Norden Armeniens liegt die Arbeitslosigkeit immer noch bei über 60%, und die soziale Lage ist äußerst schwierig. Im Rahmen unserer Projekte leisten wir deshalb humanitäre Hilfe für Bedürftige, dabei insbesondere für die Bildung und Ausbildung junger Armenierinnen und Armenier. Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, über dieses bei uns leider weitgehend unbekannte Land, sein kulturelles Erbe, seine schicksalhafte Geschichte und seine aktuell schwierige Lage zu informieren.
Jedes Jahr reisen einige unserer Mitglieder nach Armenien, um sich vor Ort von der Wirksamkeit der Maßnahmen sowie der zweckgebundenen Verwendung der Spendengelder zu überzeugen. Auch Sie können an unseren Reisen teilnehmen, um das Land und die Leute in Armenien persönlich kennenzulernen. Sprechen Sie uns gerne an!

www.hajastan-armenienhilfe.de

Spendenkonto:
VR-Bank EHH (BLZ 763 600 33)
Konto-Nr. 1 5671 87
IBAN: DE28 7636 0033 0001 5671 87
BIC: GENODEF1ER1

V.i.S.d.P.: Wolfgang Vogel, Turnstraße 1a, 91054 Erlangen

Programm

2015 Erinnern. Gedenken. Versöhnen.

1915 – Genozid am armenischen Volk

Bei allen Veranstaltungen ist der Eintritt frei.
Um Spenden zugunsten Hajastan-Armenienhilfe Erlangen-Höchstadt e.V. wird gebeten.

Eröffnungsveranstaltung:
Benefizkonzert „Arien und armenische Lieder"
zugunsten der Hajastan-Armenienhilfe Erlangen-Höchstadt e.V.

Hrachuhí Bassénz (Sopran) und Gor Harutyunyan (Bariton)
(Staatstheater Nürnberg – Oper)

Samstag, 07.11.2015, 17.00 h – Herz Jesu Kirche Erlangen
(Katholischer Kirchenplatz 8, 91054 Erlangen)

„1915 – 2015.
Armenische Architektur und Genozid"
Eine Ausstellung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft

Welche Auswirkungen hat der Genozid auf das kulturelle Erbe der Armenier in der Türkei? Als Fingerabdruck armenischen Lebens steht die Architektur im Mittelpunkt der Ausstellung, weil sich in ihr die Zerstörung des Lebensraums der Armenier widerspiegelt. In einer Vielzahl von Bilddokumenten werden Verfall und Verlust des armenischen Erbes in Ostanatolien dokumentiert.

Hugenottenkirche (Hugenottenplatz, 91054 Erlangen)
Sonntag, 08.11.2015, 17.00 h
Vernissage mit Giorgio Bavaj, stv. Vorsitzender der Deutsch-Armenischen Gesellschaft
Ausstellungsdauer:
08.11.2015 – 22.11.2015 - täglich von 15.00 h bis 18.00 h
In Kooperation mit der Deutsch-Armenischen Gesellschaft (DAG), dem Türkisch-Deutschen Solidaritätsverein Erlangen (TDS) und der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Erlangen

Tessa Hofmann:
„Die Rolle Deutschlands während des Genozids an den Armeniern 1915"

1,5 Millionen Menschen fielen der systematischen Verfolgung und dem als „Umsiedlung" der armenischen Bevölkerung in Richtung Syrische Wüste getarnten Genozid zum Opfer. Deutschland war über seinen Bündnispartner im 1. Weltkrieg, das Osmanische Reich, mehr in die Vorgänge verstrickt als hierzulande bekannt ist. Darüber spricht die Soziologin und Autorin Dr. Tessa Hofmann (FU Berlin).

Mittwoch, 11. November 2015, 19.30 h
Pacelli-Haus (Sieboldstr. 3, 91052 Erlangen)
In Kooperation mit der Katholischen Erwachsenenbildung Erlangen (keb)

Lesung - Martin von Arndt: „Die Tage der Nemesis"
(Roman; erschienen 2014 im ars vivendi verlag, Cadolzburg)

1921 wird in Berlin Talât Pascha, einer der Hauptverantwortlichen für den Völkermord, auf offener Straße erschossen. Martin von Arndt hat auf der Basis gründlicher Recherchen einen fesselnden Politthriller um wahre Verbrechen geschrieben. Der Roman dreht sich nicht nur um die „Operation Nemesis" (eine armenische Organisation, die Rache an den Tätern des Genozids übt), sondern er schildert auch eindrücklich die aufgeheizte Atmosphäre der Zwanzigerjahre.
Der Schriftsteller Martin von Arndt (geb. 1968) ist schon mit einer Vielzahl von Preisen ausgezeichnet worden (u.a. mit dem Thaddäus-Troll-Preis im Jahre 2010).

Freitag, 13. November 2015, 19.30 h
Stadtbibliothek Erlangen, Innenhof (Marktplatz 1, 91054 Erlangen)
In Kooperation mit der Stadtbibliothek Erlangen

„Asche und Phönix: Johannes Lepsius – Schutzengel der Armenier"
Dokumentarfilm (2009) – Regie: Merlyn Solakhan und Manfred Blank
(produziert mit Unterstützung der Kulturstiftung des Bundes)

Filmvorführung (95 Min.) – anschließend Gespräch mit den FilmemacherInnen – Moderation: Prof. Dr. Hacik Gazer (FAU – Erlangen-Nürnberg)

Der Potsdamer Theologe Johannes Lepsius (1858 – 1926) hat jahrzehntelang für das Überleben des armenischen Volkes gekämpft. Er wollte mit seinen Berichten über die Pogrome und den Völkermord an den Armeniern die deutsche Öffentlichkeit und Politik aufrütteln, damit die politisch Verantwortlichen in Berlin dem „Waffenbruder" Osmanisches Reich zur Zeit des Ersten Weltkriegs Einhalt gebieten – weitgehend erfolglos. Der eindrucksvolle Film geht auf die Suche nach Spuren von Johannes Lepsius in Deutschland, Armenien, der Türkei und Syrien.

Dienstag, 17. November 2015, 19.30 h
Villa an der Schwabach (Hindenburgstr. 46 a, 91054 Erlangen)
In Kooperation mit BildungEvangelisch

„100 Jahre Genozid am armenischen Volk – ein Gedenken"
Kommentar-Gottesdienst der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Erlangen zum Buß- und Bettag

Kanzelredner: Prof. Dr. Hacik Gazer, FAU – Erlangen-Nürnberg

Mittwoch, 18. November 2015, 19.00 h
Hugenottenkirche (Hugenottenplatz, 91054 Erlangen)

LANGER ARMENIENABEND AN DER VOLKSHOCHSCHULE:

Donnerstag, 19. November 2015, 18.00 h – 21.30 h
vhs Erlangen, Großer Saal (Friedrichstr. 19, 91054 Erlangen)
In Kooperation mit der Volkshochschule – vhs – Erlangen

- **18.00 h – 19.45 h: Tevanik – armenischer Spielfilm (2014)**

Thema: ein Kriegstag für drei Jugendliche in Karabach (in armenischer Sprache mit englischen Untertiteln) – Einführung durch Botschafter a.D. Hans-Jochen Schmidt

- **20.00 h: Hans-Jochen Schmidt (Botschafter a.D.): „Armenien 2015 – eine außenpolitische Bestandsaufnahme"**

Das politische und mediale Interesse im Genozid-Gedenkjahr könnte Armenien bewegen, sich mit einer kreativen Politik aus seiner „Inselage" in der Südkaukasus-Region zu befreien. Es gilt, die verfahrene Patt-Situation im Berg-Karabach-Konflikt zu überwinden, die Frage der Grenzöffnung zur Türkei erneut zu thematisieren sowie die Beziehungen zur EU auf eine neue - mit der Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion kompatible - vertragsrechtliche Grundlage zu stellen. Außerdem muss die armenische Politik über eine Verbesserung des Geschäfts-/Investitionsklimas nachdenken, um der Wirtschaftsentwicklung den dringend erforderlichen Aufschwung zu geben und um dem weiter anhaltenden „brain drain" sowie der Arbeitsemigration erfolgreich entgegenzuwirken.